



**Kreisverband
Grafschaft Bentheim**

Bündnisgrünes Bürgerbüro
Bernhard-Niehues-Straße 39
48529 Nordhorn
Tel. (0 59 21) 3 98 07
info@gruene-grafschaft.de
Kreisgeschäftsführer:
Frank Brinkers

Nordhorn, 12. Februar 2010

Kreistag: Einstimmige Resolution zur Abschiebung ins Kosovo

Liebe Mitglieder und Interessenten,

der Kreistag hat am Donnerstag nach langer Diskussion unseren Antrag für eine Resolution zur Abschiebung von Roma und anderen Minderheiten ins Kosovo einstimmig angenommen. Der Text der verabschiedeten Resolution lautet:

Der Kreistag appelliert an den Herrn Bundesminister des Äußeren, den aktuellen Lagebericht über die derzeitige Situation im Kosovo einer substantiellen Überprüfung zu unterziehen. Bis zum Abschluss der Prüfung und den eventuell daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen appelliert der Kreistag an den Bundesminister des Innern, die Abschiebung von ausreisepflichtigen Personen in den Kosovo auszusetzen.

Diese Resolution ist Ergebnis längerer Verhandlungen zwischen der bündnisgrünen Kreistagsfraktion, der CDU-Mehrheitsfraktion und der Kreisverwaltung. Trotz notwendiger Kompromisse in der Formulierung (unser ursprünglicher Antrag: siehe unten) trifft der Text die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geforderte Kernaussage. Der Landkreis Grafschaft Bentheim ist damit einer von bundesweit wenigen Kommunen, in der eine solche Resolution trotz CDU-Mehrheit verabschiedet werden konnte.

Etwa 70 Besucher der aus dem Kreis der Grafschafter Roma, der Flüchtlingshilfe, der „Grünen Jugend Grafschaft Bentheim“ und der „Initiative GeRecht“ hatten in der Sitzung des Kreistages am Donnerstag den bündnisgrünen Fraktionsvorsitzenden Dieter Kunert bei seinem eindrücklichen Plädoyer für eine humane Flüchtlingspolitik mit vielen Plakaten unterstützt. Als Gast hatte auch der Landesvorsitzende des Verbands „Romane. Aglonipe – Roma aus Niedersachsen e.V.“, Djevdet Berisha, an der Sitzung des Kreistages teilgenommen.

Hier die Presseberichte in den „Grafschafter Nachrichten“ zum Thema:

GN, 12.02.2010

Kreistag appelliert einstimmig für Abschiebe-Stopp

Bundesregierung soll zunächst Lebenssituation im Kosovo erneut überprüfen

Von Manfred Münchow - Nordhorn. „Dieser Landkreis lässt es nicht zu, Kinder und Jugendliche in die Hoffnungslosigkeit abzuschieben“, formulierte Dieter Kunert von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestern seinen Wunsch, eine Resolution gegen die drohende Abschiebung von Roma und anderen Minderheiten in das Kosovo möglichst einstimmig zu beschließen. Mit eindringlichen Worten schilderte Kunert seine persönlichen Erlebnisse im Familien- und Bekanntenkreis und die Erlebnisse einer Reise nach Montenegro. In Bezug auf Montenegro, das benachbarte Kosovo und die dortigen „menschenunwürdigen“ Lebensverhältnisse sagte Kunert: „Dahin werden unsere Mitbürger abgeschoben. Das sind Grafschafter Jungs, bei uns gehen sie zur Schule, hier haben sie ihre Freunde.“

Vor dem Hintergrund der Diskussion der vergangenen Wochen betonte der bündnisgrüne Kreispolitiker, dass es nicht darum gehe, die Kreisverwaltung und deren Praxis im Umgang mit Ausländern anzugreifen. Man wolle nicht etwa dazu aufrufen, sich außerhalb von geltenden Gesetzen zu begeben.

Der Grafschafter Kreistag appelliert mit der Resolution an die Bundesregierung, die Lebenssituation im Kosovo erneut zu prüfen und bis zum Abschluss dieser Prüfung „die Abschiebung von ausreisepflichtigen Personen in den Kosovo auszusetzen.“

Für die CDU-Mehrheitsfraktion hatte Peter Skutta zuvor deutlich gemacht, dass der Kreistag nicht über das Bleiberecht zu beschließen habe und nur einen Appell aussprechen könne. Die Grafschafter Kreisverwaltung habe sich bislang bemüht, bei dem betroffenen Personenkreis mögliche Ermessensspielräume zugunsten der Menschen auszuschöpfen. Helga van Slooten (SPD) sprach sich dafür aus, das integrationspolitische Leitbild des Landkreises auch in die Tat umzusetzen. Es gelte, alle Anstrengungen zur Integration zu unternehmen.

GN, 11.02.2010

Resolution mit Appell nach Abschiebestopp?

Kreistag mit großer Tagesordnung

Von Manfred Münchow - Nordhorn. In der Diskussion über eine Resolution zur drohenden Abschiebung von Roma und anderen Minderheiten in das Kosovo (die GN berichteten) hat die Kreisverwaltung gestern einen neuen Entwurf für eine Resolution verschickt. Und dieser Entwurf enthält auch die bislang strittige Formulierung. „Bis zum Abschluss der Prüfung und den eventuell daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen appelliert der Kreistag an den Bundesminister des Innern, die Abschiebung von ausreisepflichtigen Personen in den Kosovo auszusetzen.“ In einem ersten Entwurf nach der Sitzung des Kreisausschusses hatte diese Forderung nicht gestanden. Doch nicht klar ist allerdings, ob die Resolution mit dieser von den Bündnisgrünen geforderten Formulierung auch eine Mehrheit findet. Mit Spannung wird das Votum der CDU-Mehrheitsfraktion erwartet, die sich heute kurz vor der Kreistagssitzung zu letzten Abstimmungsgesprächen trifft.

GN, 09.02.2010

Kreistag ringt um Resolution zur Abschiebung von Roma

Reger E-Mail-Verkehr hinter den Kulissen – Sitzung am Donnerstag

Einigt der Grafschafter Kreistag sich während seiner Sitzung am Donnerstag parteiübergreifend auf eine Resolution zur drohenden Abschiebung von Roma in den Kosovo? Über diese Frage gibt es hinter den Kulissen der Kreispolitik einen regen E-Mail- und Telefonverkehr. Juckepunkt – vor allem zwischen den Grünen und der CDU – ist der von den Bündnisgrünen geforderte Abschiebestopp bis zur Prüfung der Lebensumstände von Minderheiten im Kosovo. Am Dienstag verschickte die von

CDU-Landrat Friedrich Kethorn geführte Kreisverwaltung erneut einen Text, der den von den Grünen geforderten Schlüsselsatz des Abschiebestopps nicht enthielt.

„Eine Annäherung ist durchaus möglich“, ist jedoch aus Kreisen der CDU-Mehrheitsfraktion zu hören. Die Fraktion trifft sich am Donnerstag direkt vor der Sitzung des Kreistages zu letzten Abstimmungsgesprächen. Die öffentliche Sitzung des Kreistages beginnt um 15 Uhr im Kreishaus.

GN, 09.12.2009

Grüne lassen nicht locker

Resolution zur Flüchtlingspolitik soll Thema im Kreistag werden

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, der Kreisausschuss solle eine Resolution gegen die Abschiebung von Roma ins Kosovo verabschieden, ist von der Mehrheit des Gremiums am Donnerstag abgelehnt worden. Darüber zeigen sich die Grünen in einer Pressemitteilung tief enttäuscht.

gn Nordhorn. Mit ihrer Resolution wollten Bündnis 90/Die Grünen im Kreisausschuss des Grafschafter Kreistags erreichen, dass sich der Landkreis gegen die Abschiebung von Roma ins Kosovo ausspricht und die Ausländerbehörde des Landkreises zu einem möglichst humanen Umgang mit den gesetzlichen Rückführungsbestimmungen auffordert. „Leider wurde trotz unseres erheblichen Entgegenkommens bei der Formulierung der Resolution unser Antrag mit der Mehrheit des Kreisausschusses abgelehnt“, bedauert der bündnisgrüne Fraktionsvorsitzende Dieter Kunert nun in einer Presseerklärung.

Übereinstimmende, erschreckende Berichte von Menschenrechtsorganisationen, zurückgekehrten Flüchtlingen und verschiedensten Medien machen laut Kunert deutlich, dass im Kosovo der Schutz von Minderheiten nicht gewährleistet und eine erzwungene Rückkehr derzeit nicht verantwortbar ist. Rechtzeitig vor den Beratungen über das Schicksal der Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo durch die in Bremen tagende Innenministerkonferenz wollten Bündnis 90 / Die Grünen mit der Resolution ein Zeichen setzen, dass der Landkreis Grafschaft Bentheim für eine humane Flüchtlingspolitik steht. Kunert zeigte sich enttäuscht, dass im Kreisausschuss, der die politischen Mehrheitsverhältnisse des Kreistags abbildet, keine Mehrheit für eine an Humanismus und christlichen Werten orientierte Flüchtlingspolitik zu finden ist. „Neben vielen anderen Organisationen haben sich gerade auch die Kirchen für ein Bleiberecht der Roma ausgesprochen“, stellt der Fraktionsvorsitzende fest.

Er verweist auf das integrationspolitische Leitbild, das der Kreistag vor einigen Monaten mit breiter Mehrheit beschlossen hatte. „Wenn sich der Kreistag hehre integrationspolitische Ziele steckt, muss er auch danach handeln. Sonst bleibt jedes Leitbild eine leere Worthülse“, so Kunert. Er kündigte an, dass seine Fraktion nicht locker lasse und den Antrag in modifizierter Form erneut einbringen und den Kreistag in seiner Sitzung im Januar damit befassen werde. „Damit erhalten alle Mitglieder des Kreistages die Gelegenheit, klar zum Ausdruck zu bringen, ob sie für eine humane Flüchtlingspolitik stehen oder nicht“, begründet Kunert den erneuten Antrag.

Die bündnisgrüne Kreistagsfraktion zeigte sich zudem enttäuscht vom Ergebnis der Innenministerkonferenz. Diese hatte Ende vergangener Woche den Bleiberechtsstatus für jene Roma-Flüchtlinge in Deutschland um zwei Jahre verlängert, die bereits ein vorläufiges Bleiberecht besaßen. Zu einem endgültigen Bleiberecht konnte sich die Konferenz aber nicht durchringen. „Dieses Ergebnis enttäuscht alle Hoffnungen auf eine humanitäre Regelung. Die etwa 15000 Geduldeten in Niedersachsen werden weiterhin in unzumutbarer Unsicherheit leben müssen“, erklärt Dieter Kunert. Gerade der niedersächsische Innenminister, Uwe Schünemann (CDU), habe sich in dieser Frage als Hardliner unter den Innenministern der Länder hervorgetan.

GN, 27.11.2009

Grüne fordern Abschiebestopp für Roma

„Not und Elend im Kosovo“

is Nordhorn. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen will am 3. Dezember eine Resolution in den Kreisausschuss einbringen, in der ein Abschiebestopp für Roma in den Kosovo gefordert wird. In der Begründung zum Antrag schreibt Fraktionsvorsitzender Dieter Kunert: „Durch den Beschluss der Innenministerkonferenz vom 4./5. Juni 2009 droht eine verstärkte Rückführung von Roma ins Kosovo.“

Übereinstimmende, erschreckende Berichte von Menschenrechtsorganisationen, zurückgekehrten Flüchtlingen und verschiedensten Medien machen deutlich, dass im Kosovo der Schutz von Minderheiten nicht gewährleistet ist. Selbst wenn offiziell das Kosovo wieder als friedliche Region eingestuft wurde, bleibt das Problem der unterdrückten Minderheiten bestehen. Zudem gibt es für diese Menschen im Kosovo keine Arbeit und keine soziale Absicherung. Der Erhalt von Ausreiseaufforderungen und Abschiebendrohungen weckt bei vielen Betroffenen traumatische Erinnerungen an Krieg, Flucht und Vertreibung. Ein solcher Umgang mit Flüchtlingen entspricht nicht dem Verständnis einer freien demokratischen Gesellschaft und eines Rechtsstaats.“

In der Resolution soll sich der Landkreis Graftschaft Bentheim für einen sofortigen Abschiebestopp aussprechen. Mit Hinweis auf die von der UNO bestätigten Missstände heißt es im Resolutionstext: „Der Landkreis Graftschaft Bentheim setzt sich dafür ein, die Bleiberechtsregelung zu verlängern und humanitäre Gesichtspunkte im Rahmen einer Sozialklausel insbesondere bei kranken, traumatisierten, alten oder pflegebedürftigen Menschen in der Weise zu berücksichtigen, dass langjährig geduldeten Roma-Flüchtlingen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zugestanden wird.“

Eine vergleichbare Resolution hatte Anfang Oktober der Rat der Stadt Münster verabschiedet. Darin heißt es, eine Rückkehr der Roma in den Kosovo stelle „eine so große Härte dar, dass es die Menschlichkeit gebietet, davon Abstand zu nehmen“.

Hier einige Bilder von der Kreistagssitzung am Donnerstag in Nordhorn:



Hier unser ursprünglicher Resolutions-Antrag:

Resolution

Der Landkreis Graftschaft Bentheim spricht sich für einen sofortigen Abschiebestopp von Roma und anderen Minderheiten ins Kosovo aus.

Er hält eine Abschiebung von Roma und anderer Minderheiten unter den gegenwärtigen Umständen für ethisch nicht vertretbar. Auch die historische Verantwortung gegenüber den Roma rechtfertigt, diesen Menschen ein dauerhaftes Bleiberecht einzuräumen.

Angesichts der bisher allgemein anerkannten Unmöglichkeit der Rückkehr von Roma in die im Kosovo für sie unmenschlichen Bedingungen und der Bestätigung dieser Verhältnisse auch durch die UNO ist für den Landkreis Graftschaft Bentheim nicht nachzuvollziehen, warum sich die Bedingungen für diese Minderheit allein aufgrund eines Rückübernahmeabkommens von einem Tag auf den anderen verbessert haben sollen.

Die Rückkehr in den jungen Staat Kosovo mit seiner hoher Arbeitslosigkeit stellt vor allem für die betroffenen Kinder und Jugendliche ein Problem dar. Sie kennen die Heimat der Eltern nicht, werden ungewissen sozialen und wirtschaftlichen Strukturen ausgesetzt und haben trotz der mitgebrachten Schulbildung keine weiteren Ausbildungs- und Berufschancen. Der Landkreis Grafschaft Bentheim lässt es nicht zu, Kinder und Jugendliche in die Hoffnungslosigkeit abzuschieben.

Der Landkreis Grafschaft Bentheim setzt sich dafür ein, humanitäre Gesichtspunkte im Rahmen einer Sozialklausel insbesondere bei kranken, traumatisierten, alten oder pflegebedürftigen Menschen in der Weise zu berücksichtigen, dass langjährig geduldeten Roma-Flüchtlingen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zugestanden wird.

Begründung

Übereinstimmende, erschreckende Berichte von Menschenrechtsorganisationen, zurückgekehrten Flüchtlingen und verschiedensten Medien machen deutlich, dass im Kosovo der Schutz von Minderheiten nicht gewährleistet ist. Selbst wenn offiziell das Kosovo inzwischen wieder als friedliche Region eingestuft wurde, bleibt das Problem der unterdrückten Minderheiten bestehen. Zudem gibt es für diese Menschen im Kosovo keine Arbeit und keine soziale Absicherung.

Der Erhalt von Ausreiseaufforderungen und Abschiebedrohungen weckt bei vielen Betroffenen traumatische Erinnerungen von Krieg, Flucht und Vertreibung. Ein solcher Umgang mit Flüchtlingen entspricht nicht dem Verständnis einer freien demokratischen Gesellschaft und eines Rechtsstaats.

Mit dieser Resolution schließt sich der Landkreis Grafschaft Bentheim den Forderungen der beiden großen Kirchen in Deutschland, der Roma-Verbände und vieler Sozialverbänden und Flüchtlingsorganisationen an.

Der Landkreis Grafschaft Bentheim hat in seinem Integrationspolitischen Leitbild (Beschluss des Kreistags vom 08.01.2009) Zielsetzungen für ein integrationsorientiertes Handeln von Politik und Verwaltung gesetzt. In dem Leitbild heißt es: *„Vielfalt heißt aber nicht, alles zu bejahen und kritiklos zu tolerieren. So kann es z.B. bei Menschenrechtsverletzungen, Diskriminierung und Unterdrückung der Frauen oder auch bei religiös begründeter Gewalt keine Toleranz geben. Damit dieser Integrationsprozess erfolgreich verläuft, ist es nötig, ein gemeinsames Verständnis der demokratischen Grundwerte und Grundrechte, wie die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Einhaltung der Menschenrechte und das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung herzustellen...“*. Diese Feststellung sollte auch Leitlinie des Landkreises in seiner Haltung zur Bleiberechtpolitik sein.

Für Fragen zum Thema steht Dieter Kunert gerne zur Verfügung:

E-Mail: dkunert@t-online.de

Tel. (05921) 722 400

Grüne Grüße
Frank Brinkers